



# „Probleme werden nicht gelöst, sondern kommunalisiert“

Die Stadt Plochingen saniert ihr sechszüiges Gymnasium, um es zukunftsfähig zu machen. Unterstützung vom Land erhält sie dafür kaum, obwohl die Generalsanierung die finanziellen Möglichkeiten der Kleinstadt deutlich übersteigt. Nun wurde eine Online-Petition gestartet, um die nötige Unterstützung zu erhalten und die Missstände in der Bildungspolitik anzuprangern, wie Bürgermeister Frank Buß im Interview erklärt.

**die:gemeinde: Sehr geehrter Herr Buß, warum haben Sie sich dazu entschieden, das Gymnasium in Plochingen zu sanieren? Welche Ziele verfolgen Sie mit der Generalsanierung?**

**Frank Buß:** Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft unserer Kinder. Mit der Erweiterung und Generalsanierung des Gymnasiums möchten wir attraktive Rahmenbedingungen für das Lernen und Lehren schaffen.

Die Kleinstadt Plochingen mit rund 14.500 Einwohnern hat eines der größten Gymnasien in Baden-Württemberg mit rund 1.400 Schülerinnen und Schülern, sechs Zügen und einem Auswärtigenanteil von knapp 70 Prozent. Das Kultusministerium Baden-Württemberg hat dem Wunsch der Stadt Plochingen zur Reduzierung auf fünf Züge nicht entsprochen und uns zu einer grundständig sechszügigen Schule verpflichtet. Von der früheren Kultusministerin Susanne

Eisenmann gab es im Gegenzug die Zusage, Plochingen bis an die Grenze des Möglichen zu unterstützen. Diesen Worten sind leider keine Taten gefolgt.

**Was bauen Sie derzeit konkret?**

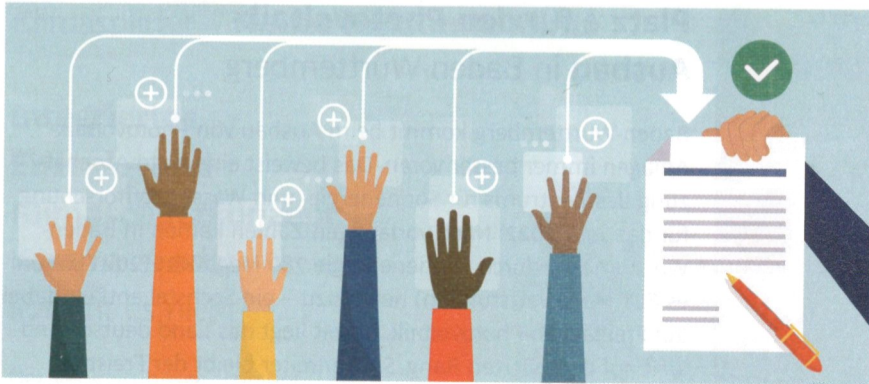
Um die grundständige Sechszügigkeit zu erreichen, errichten wir derzeit für rund 13 Millionen Euro einen Neubau für die naturwissenschaftlichen Fächer, der mit einem Landeszuschuss von rund 4,3 Millionen Euro und einer finanziellen Beteiligung der Nachbarkommunen von rund 5,1 Millionen Euro auskömmlich finanziert ist. Dieses Gebäude kann im Frühjahr 2023 bezogen werden.

Darüber hinaus müssen die vier Bestandsbauteile in drei Bauabschnitten für rund 45 Millionen Euro saniert werden. Der „Kupferbau“ als erstes saniertes Gebäude kann ebenfalls im Frühjahr 2023 bezogen werden. Es folgt der „Hauptbau“ mit einem Investitionsvolumen von rund 20 Millionen Euro, der im Sommer 2025 fertiggestellt

sein soll, danach kommen die weiteren Bestandsgebäude. Für die Generalsanierung des „Kupferbaus“ und die Sanierung von Fassaden und Dächern bekommen wir bei anrechenbaren Baukosten von rund 20 Millionen Euro einen Zuschuss aus dem Kommunalen Sanierungsfonds von 7,7 Millionen Euro. Angesichts der deutlich höheren Gesamtkosten brauchen wir jedoch eine höhere Förderung.

**Wie geht die Sanierung voran?**

Bauen ist derzeit schwierig. Steigende Bau- und Energiekosten, löchrige Lieferketten und Personalengpässe bei den Baufirmen verzögern und verteuern viele Projekte. Die ursprünglich kalkulierten Baukostensteigerungen von jährlich 3,5 Prozent reichen nicht mehr aus. Aktuell rechnen wir mit einer Baukostensteigerung von 10 Prozent jährlich für dieses Bauprojekt, das planmäßig 2027 fertiggestellt sein soll. Damit steigen die Gesamtkosten von rund 48 Millionen Euro auf rund 58 Millionen



Euro. Aus finanziellen Gründen erwägen wir jedoch, das Vorhaben nach dem zweiten Bauabschnitt zu unterbrechen.

■ **Das Land beteiligt sich nicht ausreichend an den Kosten. Was bedeutet das für die Stadt?**

Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Die Mittel für die Generalisierung fehlen uns an anderer Stelle: Pflichtaufgaben wie der Ausbau der Kinderbetreuung, die Ganztagesbetreuung an Grundschulen, der Klimaschutz und die energetische Sanierung städtischer Gebäude, die Verkehrswende oder die Unterbringung und Integration von Geflüchteten werden durch fehlende Finanzmittel erschwert. Investitionen müssen verschoben werden. Viele freiwillige Aufgaben, die den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und das soziale Miteinander stärken, geraten ins Hintertreffen, zum Beispiel Kunst, Musik oder Sport.

■ **Nun wurde eine Petition gestartet, um auf die unzureichende Unterstützung des Landes aufmerksam zu machen. Welche Forderung stellen Sie konkret an das Land?**

Zunächst erheben wir die Forderung nach einer besseren finanziellen Unter-

stützung der Generalsanierung durch das Land. Die Kultusverwaltung verneint eine Sondersituation in Plochingen, obwohl das Missverhältnis zwischen Größe der Schule und finanzieller Leistungsfähigkeit unserer Stadt offenkundig ist.

Darüber hinaus geht es grundsätzlich um die Bildungspolitik, die in Baden-Württemberg nicht den Stellenwert hat wie in anderen Bundesländern. Ministerpräsident Winfried Kretschmann fordert deshalb in Interviews zurecht eine Zeitenwende bei der Bildung. Tatsächlich werden die Probleme nicht ge-

löst, sondern immer mehr kommunalisiert. Nicht nur bei den Schulgebäuden selbst, sondern auch bei der Digitalisierung, der Ganztageschule oder der Schulsozialarbeit. Wir legen den Finger in diese Wunde.

■ **Wie viele Bürgerinnen und Bürger haben die Petition bisher unterzeichnet?**

Stand 26. Januar haben 924 Menschen unterzeichnet – ein guter Start. Ich hoffe, dass innerhalb von zwei Monaten das Quorum von 21.000 Unterschriften erreicht wird, damit der Landtag die Thematik aufgreift.

■ **Was bedeutet es für Plochingen, falls das Land dabei bleiben sollte, die Generalsanierung nicht zu fördern?**

Die im Koalitionsvertrag formulierten politischen Ziele der Landesregierung können nur in den Städten und Gemeinden eingelöst werden. Die Generalsanierung nimmt uns den kommunalpolitischen Spielraum für andere Themen. ■



Frank Buß ist Bürgermeister der Stadt Plochingen